

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 16.10.2003
	Schriftführer Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Dienstag, 30. September 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:14 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A 4
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.07.2003 - öffentlicher Teil -**
Seite A 4
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.07.2003 – öffentlicher Teil**
518/2003
Seite A 5
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A 5
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
hier: Information über die Radwegeplanung an der L 288 (Schlebuscher Straße)
457/2003
Seiten A 5 f
- 6. Landschaftsplan Nr. 4 "Mittlere Dhünn" - 1. förmliche Änderung "NSG Dhünnau"**
hier: Öffentliche Auslegung

	459/2003	Seite A 6
7.	Verschiebung des Projekts Haltestelle Markt 490/2003	Seiten A 6 f
8.	Erneuerung von Wohnstraßen und Abrechnung nach KAG 464/2003	Seite A 7
9.	Schallschutzwand für die Erschließungsmaßnahme Franz-Coenen-Straße 500/2003	Seite A 8
10.	Anlage Spielplatz Bärbroich "Am Rothfeld" 452/2003	Seite A 8
11.	Anlage Spielplatz Lückerrath "Am Zubusch" 435/2003	Seite A 8
12.	Änderung der Zuständigkeitsordnung - hier: Änderung der Schwellenwerte für die Zuständigkeit des Vergabeaus- schusses 397/2003	Seite A 8
13.	Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) 161/2003	Seiten A 8 f
14.	Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) in der Stadt Bergisch Gladbach 305/2003	Seiten A 9 f
15.	Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 09.09.2003 zur Verflüssigung des Verkehrs auf Hauptverkehrsstraßen 324/2003	Seiten A 10 f
16.	Anfragen der Ausschussmitglieder	Seiten A 11 ff

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.07.2003 - nichtöffentlicher Teil -** *Seite B 1*
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite B 1*
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin** *Seite B 1*
4. **Abschluss eines Betriebsführungsvertrages für die Kompostierungsanlage Birkerhof
327/2003** *Seiten B 1 f*
5. **Cross-Border-Leasing (CBL) Abwasserwerk
Zustimmung zur Transaktionsbeschreibung und abschließender Verhandlungsauftrag
508/2003** *Seite B 2*
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder** *Seite B 2*

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 27. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der sechsten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Waldschmidt weist auf die Absetzung von zwei Punkten von der Tagesordnung hin. Zu diesen Punkten seien aber einige Bürgerinnen und Bürger erschienen. Er bemängelt, dass diese nicht über die Absetzung informiert wurden.

Herr Schmickler weist darauf hin, die Absetzung beider Punkte sei in der Tagesordnung vermerkt worden. Die Gründe für die Absetzung seien bekannt. Die im Zusammenhang mit dem städtischen Haushalt eingetretenen Entwicklungen seien so erheblich, dass der Kämmerer mitgeteilt habe, die Spielplätze seien aus den zu erwartenden Einnahmen nicht mehr finanzierbar. Er bedaure dies, da viel Arbeit in die Planung der Spielplätze gesteckt worden sei.

Herr Ziffus hätte es für besser gefunden, die Konzepte dem Ausschuss vorzustellen. Der Beschluss über die Durchführung würde vom Finanzausschuss getroffen. Er empfinde die Absetzung der Punkte als Trotzsignal. Er bitte daher darum, die Planungen zumindest in den Fraktionen vorzustellen.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, der endgültige und maßgebliche Beschluss wäre vom Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr gefasst worden. Die Verwaltung habe ein großes Interesse an der Umsetzung der Pläne gehabt und habe, um die Maßnahmen zu beschleunigen, sogar die vorgeschriebene Beratungsfolge geändert. Die Pläne stünden bei Herrn Leuthe zur Einsichtnahme zur Verfügung.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.07.2003 - öffentlicher Teil -

@->

Herr Dr. Fischer fragt nach dem Sinn des letzten Absatzes auf Seite A 5 zu den DSD-Sammlungen.

Herr Carl kündigt an, beim Tagesordnungspunkt A 5 auf diese Sammlungen näher einzugehen.

Herr Schmickler hält die Niederschrift für richtig, da die Verpflichtung zur Sammlung von Leichtverpackungen etc. nach Ablauf des Vertrages am 31.12. bei der DSD AG liege.

Die Niederschrift wird im Übrigen genehmigt.

3 **<-@**
Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 10.07.2003 - öffentlicher Teil

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 **<-@**
Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Der Vorsitzende macht auf Wunsch des Agendabeauftragten auf den Tag der offenen Tür in der Grube Weiß am Sonntag, dem 05.10.2003, von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr, aufmerksam. Herr Mai habe für interessierte Ausschussmitglieder eine Führung angeboten. Diese Führung könne auch unabhängig vom Tag der offenen Tür stattfinden.

5 **<-@**
Mitteilungen der Bürgermeisterin
Mündliche Mitteilungen

@->

Herr Sterzenbach bittet um Verständnis dafür, dass die Zwischenberichte für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen wegen der Sommerferien nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden konnten. In den nächsten Tagen würden die Zwischenberichte verschickt. Erfolgsgefährdende Abweichungen seien in keinem Fall zu erkennen.

Herr Carl stellt den aktuellen Sachstand im DSD-Ausschreibungsverfahren dar. Die Stadt habe sich an der Ausschreibung beteiligt. Das Ausschreibungsverfahren sei inzwischen abgeschlossen und für das Stadtgebiet Bergisch Gladbachs kein Zuschlag erteilt worden. Die Beschreibung des weiteren Verfahrens wurde von der DSD AG im Internet veröffentlicht. Danach werde die Ausschreibung in allen Gebieten, in denen unwirtschaftliche Gebote abgegeben wurden - also auch in Bergisch Gladbach -, aufgehoben. Die DSD AG wird mit den Altvertragsinhabern über Übergangslösungen für ein weiteres Jahr verhandeln. Für die Stadt Bergisch Gladbach sei der Abfallwirtschaftsbetrieb alter Vertragsinhaber. Das Angebot der DSD AG bleibe abzuwarten. Nach einer Übergangszeit von einem Jahr könne ein Vertrag über weitere drei Jahre abgeschlossen werden. Lehne ein Altvertragsinhaber einen Vertragsabschluss ab, könne die DSD AG freihändig unter Umständen für eine Laufzeit von vier Jahren an Dritte vergeben.

Herr Ziffus möchte wissen, ob bei einem Scheitern der Verhandlungen mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb mit einem ganz anderen System gerechnet werden müsse.

Herr Carl rechnet nicht mit einer solchen Entwicklung. Die vom Ausschuss beschlossene Systembeschreibung habe die DSD AG zur Grundlage der Ausschreibung gemacht. Die DSD AG dürfe aufgrund der Verpackungsverordnung nicht von den Wünschen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers abweichen.

Herr Kierspel kann die Möglichkeit nicht ausschließen, dass vom 01.01.2004 an eine Fremdfirma in Bergisch Gladbach tätig werde. Er möchte wissen, ob sich die Bürger dagegen wehren könnten.

Herr Carl weist darauf hin, diese Problematik sei Regelungsinhalt der Abstimmungs-erklärung. In der Systemvereinbarung sei vorgegeben worden, die Abfuhr parallel zu den Abfuhren des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers durchzuführen. Mögli-

cherweise könnten die Abfuhrtage aber nicht mehr in den Abfuhrkalender aufgenommen werden. Der Bürger habe aber keinerlei Rechtsbeziehungen zum Entsorger und zur DSD AG.

Herr Dr. Fischer fragt nach der Größenordnung des Angebotes an die DSD AG.

Herr Carl erklärt, dass beim Glas der Preis steigen werde. Beim LVP habe der Abfallwirtschaftsbetrieb ein niedrigeres Preisangebot abgegeben. In diesem Bereich hätte der AWB eine größere Leistung im Bereich Nachweisführung und anderen Gebieten erbringen müssen, wofür ein weiterer Mitarbeiter beschäftigt werden müsste. Für drei Jahre hätte ein Festpreis abgegeben werden müssen.

Herr Carl teilt weiterhin mit, dass aufgrund eines tödlichen Unfalls im letzten Jahr alle Stellen überprüft worden seien, in denen die Abfallsammlung nur durch Rückwärtsfahren möglich sei. Ab November würden Bürger in Straßenteilen, die nicht mehr angefahren würden, informiert. Die sicherheitstechnischen Bestimmungen wurden von Herrn Carl an jede Fraktion verteilt; sie sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Herr Carl stellt klar, dass diese Bestimmungen verbindlich sind, bei Nichteinhaltung eine persönliche Haftung der Mitarbeiter in Betracht komme und insofern ein Spielraum nicht bestehe.

<-@

Schriftliche Mitteilungen

hier: Information über die Radwegeplanung an der L 288 (Schlebuscher Straße)

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

6 Landschaftsplan Nr. 4 "Mittlere Dhünn" - 1. förmliche Änderung "NSG Dhünn- naue"

hier: Öffentliche Auslegung

@->

Auf Anfrage Herrn Dr. Steffens erklärt Herr Sterzenbach, die Stadt Bergisch Gladbach sei nach den Erkenntnissen der Verwaltung nicht bzw. nur ganz unerheblich von den Emissionen einer beabsichtigten Hühnerfarm betroffen.

Auf Anfrage Herrn Wolfgartens erklärt Herr Schmickler, die 300 m-Zone sei nicht Bestandteil des Gesetzes. Im Einzelfall müssen Auswirkungen eines Vorhabens geprüft werden. Materiell befürchte er keine Auswirkungen.

Herr Sterzenbach stellt klar, dass es hier allein um die Stellungnahme zu einer Änderung gehe, die das Gebiet und damit jede vorher gegebene Randzone nicht verändere.

Herr Dr. Fischer spricht sich grundsätzlich dafür aus, 300 m-Zonen in einen entsprechend übersichtlichen Plan einzuzeichnen und die betroffenen Bürger zu informieren. Dieser spezielle Fall betreffe seines Wissens nur einen Anlieger.

<-@

7 Verschiebung des Projekts Haltestelle Markt

@->

Herr Ziffus hält die Verschiebung für nachvollziehbar; gleichwohl bedaure seine Fraktion die Verschiebung. Sofern die Fördergelder gesichert würden, könne die Maßnahme ins nächste Jahr verschoben werden.

Er geht darüber hinaus auf weitere Planungen zum Konrad-Adenauer-Platz z. B. hinsichtlich der Verkehrsführung vor dem Rathaus, die Verbindung zwischen oberer und unterer Hauptstraße und den Standort des Brunnens ein und hält weitere Diskussionen über die Platzgestaltung für sinnvoll.

Herr Schmickler erinnert daran, dass z. B. die Einbeziehung der Fahrbahn in den Platz bereits in der Rahmenplanung berücksichtigt ist, aus finanziellen Gründen eine Umsetzung aber schwierig sei. Ebenfalls schwierig sei eine Verlegung des Brunnens. Die Umgestaltung der Haltestelle werde nicht vom Land gefördert. Grundsätzlich stimme er vielen Überlegungen Herrn Ziffus' aber zu.

Herr Waldschmidt erklärt das Unverständnis der SPD-Fraktion über die weitere Verschiebung und vor allem über die Begründung.

Herr Schmickler weist diese Kritik zurück. Zusagen für die Nutzung des Platzes durch solche Großveranstaltungen würden sehr langfristig vergeben.

Herr Wolfgarten akzeptiert die Gründe für die Verschiebung. Er verweist jedoch darauf, dass für die Mörtelarbeiten bestimmte Witterungsverhältnisse herrschen müssen; er möchte wissen, ob die Witterung nicht weitere Verzögerungen verursachen könnten.

Herr Dr. Steffen befürwortet einen Baubeginn unmittelbar nach Fertigstellung des Busbahnhofes.

Frau Schneider weist darauf hin, dass nicht jeder von den Bautagen begeistert war. Dies resultiere z. B. daraus, dass der Platz mit Kinderwagen nicht mehr zu überqueren war. Sie befürchte daher, dass mit zweierlei Maß gemessen werde.

Herr Schmickler bestreitet dies. Die Anregungen Frau Schneiders könnten von der Ordnungsbehörde aufgegriffen werden.

8 <-@ Erneuerung von Wohnstraßen und Abrechnung nach KAG

@->

Herr Dr. Fischer schlägt für die F.D.P.-Fraktion vor, im Rahmen der Information über die Erneuerung von Wohnstraßen den einzelnen Anliegern auch die anfallenden Kosten zumindest in ungefährer Höhe mitzuteilen.

Herr Hardt befürwortet in Anlehnung an die bisherige Praxis, die gewünschten Erläuterungen einem persönlichen Gespräch vorzubehalten. Solche Auskünfte würden umfangreiche Informationen erfordern. Speziell in der Prager Straße sei noch nicht abzu sehen, ob z. B. der komplette Unterbau ausgetauscht werden müsse. Derlei Unwägbarkeiten könnten zu starken Abweichungen hinsichtlich der Beitragshöhe führen.

Herr Waldschmidt begrüßt für die SPD-Fraktion die Vorlage.

Herr Kierspel verweist auf den schlechten Zustand einiger Straßen im Stadtgebiet. Sinnvoll wäre, einer Runderneuerung von Straßen durch rechtzeitige Reparaturen vorzubeugen.

Herr Wolfgarten fragt nach dem Sachstand des Förderantrages für den Bereich zwischen Odenthaler und Sander Straße.

Herr Hardt erklärt, ihm lägen noch keine Erkenntnisse dazu vor. <-@

9 Schallschutzwand für die Erschließungsmaßnahme Franz-Coenen-Straße

@->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig) <-@

@->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt den Bau der Lärmschutzwand an der Friedrich-Ebert-Straße im Bereich des B-Planes Nr. 5594 „Franz-Coenen-Straße“ in der vorgestellten Form.

<-@

10 **Anlage Spielplatz Bärbroich "Am Rothfeld"**

@->

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

<-@

11 **Anlage Spielplatz Lückerath "Am Zubusch"**

@->

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

<-@

12 **Änderung der Zuständigkeitsordnung**
- hier: Änderung der Schwellenwerte für die Zuständigkeit des Vergabeausschusses

@->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig) <-@

@->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt bergisch Gladbach, den II. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister in der Fassung der Vorlage zu beschließen.

<-@

13 **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**

@->

Herr Sterzenbach erläutert die Vorlage und stellt klar, dass die Entwässerungssatzung schon heute einem empfehlenden Beschluss zugeführt werden könne. Für die Beitrags- und Gebührensatzung sei dies noch nicht der Fall, sie verstehe sich daher gewissermaßen als erste Lesung. Sie könne erst im Dezember beschlossen werden, weil noch nicht alle Zahlen vorlägen.

Herr Dr. Steffen begrüßt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Vorlagen zu beiden Satzungen, da die Regenwassergebühr nunmehr im Zusammenhang mit der versiegelten Fläche stehe. Auf seine Anfrage erklärt Herr Sterzenbach, dass die Umstellung des Gebührenmaßstabes auf Regenwasser Vorgaben der Rechtsprechung folge. Die Obergrenze der Bußgelder ergebe sich aus übergeordneten Bundes- oder Landesgesetzen. Die Ausgestaltung innerhalb eines Rahmens bemesse sich nach der Schwere eines Verstoßes, der fahrlässigen oder vorsätzlichen Begehung und ähnli-

chem mehr. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen habe die Stadt die gesetzliche Regelung des § 45 BauO NW im Wesentlichen übernommen. Diese lasse der Kommune geringfügige Regelungsspielräume, die die Stadt auch nach sachlichen Gesichtspunkten genutzt habe.

Herr Wagner teilt ergänzend mit, dass keine generelle Auswertung des Zustandes der Hausanschlüsse möglich sei. Die Altersstruktur der Anschlüsse sei sehr unterschiedlich. Die Befahrung habe einen grundsätzlichen Handlungsbedarf ergeben. Im privaten Bereich würden tendenziell mehr Schäden auftreten, weil unterschiedliche Maßstäbe angesetzt würden. Der Hausanschluss umfasse alle Leitungen vom Anschlussstutzen des Hauptkanals bis einschließlich aller erdverlegten Leitungen; auch der unter den Gebäuden.

Herr Wolfgarten verweist auf die Umstellung des Gebührenmaßstabes als Anlass für die Neufassung der Satzung. Redaktionelle und landesrechtliche Änderungen seien berücksichtigt worden. Insofern spreche sich auch die CDU-Fraktion für einen heutigen Beschluss der Entwässerungssatzung aus. Die Beitrags- und Gebührensatzung müsse aber in die Dezembersitzung vertagt werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig) <-@

@->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) gemäß der beigelegten Vorlage zu beschließen.

<-@

14 **Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) in der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Herr Ziffus möchte wissen, wie sich die Gebührenänderung auf einzelne Haushalte auswirke. Ihn interessiere auch, welche Belastungen auf den Eigenbetrieb „Verkehrsflächen“ durch die großen versiegelten Straßenflächen zukommen würden.

Hierzu erklärt Herr Wagner, überschläglich werde die Belastung bei 1,-€/m² liegen.

Hinsichtlich der Belastungen des Eigenbetriebes „Verkehrsflächen“ halte er eine Antwort vor Abschluss für verfrüht. Die Flächen seien aufgenommen worden und würden behandelt wie jede Privatfläche.

Herr Sterzenbach macht darauf aufmerksam, dass der Eigenbetrieb Verkehrsflächen bereits pauschal bezahle, diese finanzielle Belastung also jedenfalls dem Grunde nach nichts Neues sei.

Herr Waldschmidt fragt nach den Auswirkungen von Bodenbelägen, die ihre Wasserdurchlässigkeit nach einem bestimmten Zeitraum verlören.

Herr Wagner erklärt, es handele sich um eine reine Prognose, welche Pflasterarten nach welcher Zeit ihre Tauglichkeit verlören. Für solche Schätzungen sei der Markt zu unübersichtlich; eine Kontrolle sei der Stadt nicht möglich. Daher sei Maßstab die Belastung der Kanalisation gewesen. Nach DIN 1986 sei für die Grundstücksentwässerung eine Anlage mit einer Leistungsfähigkeit bis zu 300 l/sec/ha erforderlich. Werde dieses Erfordernis weder oberflächlich noch mittels Entwässerungsanlage er-

reicht, entstehe die Gebührenpflicht.

Herr Schmickler ergänzt, dass aus dem Haushaltssicherungskonzept heraus eine Eigenkapitalverzinsung im Abwasserbereich zu erwarten sei. Diese sei in dem von Herrn Wagner genannten Schätzbetrag noch nicht enthalten.

Herr Waldschmidt geht davon aus, die Verzinsung werde wohl 20% ausmachen. Diese Zahl wird von Herrn Schmickler nicht bestätigt, da die Höhe der Verzinsung noch nicht genau feststehe.

Dieser Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich in die Ausschusssitzung am 04.12.2003 verlagert.

15 <-@
Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 09.09.2003 zur Verflüssigung des Verkehrs auf Hauptverkehrsstraßen

@->

Herr Dr. Fischer begründet und vertieft den Antrag seiner Fraktion. Er erneuert den bereits im Antrag geäußerten Wunsch nach einem Rahmenplan verkehrstechnischer Maßnahmen und einer neuen Vorlage mit weiteren Vorschlägen zur Einrichtung Grüner Pfeile. Diese hätten sich in vielen Städten Deutschlands - auch in den alten Bundesländern - bewährt.

Herr Marx führt aus, dass das Thema „Grüner Pfeil“ bereits öfter Gegenstand der Besprechungen der Straßenverkehrsbehörde mit der Polizei und anderen Trägern öffentlicher Belange gewesen sei. Grüne Pfeile hätten sich aber als Sicherheitsrisiko erwiesen, daher würden sie in Köln teilweise wieder entfernt. Er könne daher keine Vorschläge für die Einrichtung weiterer Grüner Pfeile unterbreiten.

Herr Waldschmidt hält die Einrichtung einer Linksabbiegespur an der Gohrsmühle grundsätzlich für eine gute Idee. Entgegen der Ausschilderung beobachte er, dass viele Autofahrer vor der Tiefgarage Bergischer Löwe wenden. Dies führe in der Tat zu großen Problemen. Die Einrichtung einer Wendefahrbahn beeinträchtige nach seiner Auffassung nicht die Sicherheit. Sie kollidiere mit keiner anderen Spur und sei signaltechnisch regelbar.

Hierzu erklärt Herr Marx, dass die genannte Kreuzung die am stärksten unfallbelastete Kreuzung im Rheinisch-Bergischen Kreis sei. Die Wendemanöver an der Tiefgarage seien seit langem bekannt. Auch aus Kostengründen sei ein Vorteil von wenigen Sekunden nicht zu rechtfertigen.

Herr Ziffus hält die Bedenken Herrn Marx' gegen den Grünen Pfeil für nachvollziehbar. Er sehe ebenfalls die Unfallgefahr beim Wenden vor der Tiefgarage. Er halte es nicht für nachvollziehbar, dass die Kreuzung Schnabelsmühle nicht mit einem Kreisverkehr bewältigt werden könne. Weiterhin spricht er sich für einen Kreisverkehr an der Cederstraße als Teil des Gronauer Kreisels auf. Schließlich erklärt er, er halte eine Ausgabe von 45.000 € für die Optimierung des Linksabbiegeverkehrs an der Gohrsmühle bei der derzeitigen Haushaltalge nicht für zwingend.

Herr Wolfgarten lehnt eine Beschlussfassung ab, kann für die CDU-Fraktion der Verwaltungsmeinung aber folgen. Ein Kreisverkehr sei allein in Schildgen sinnvoll, dort funktioniere der Verkehrsfluss aber bereits.

Herr Dr. Fischer ergänzt den Antrag der F.D.P.-Fraktion dahingehend, dass die Ver-

waltung bis zur übernächsten Sitzung eine Liste mit Möglichkeiten zur Einrichtung eines Grünen Pfeils vorlegt. Grundlage solle die Verwaltungsvorschrift aus dem Jahre 2001 sein.

Auf Anfrage Herrn Wolfgartens erklärt Herr Marx, gemäß § 45 Abs. 3 StVO entscheide die Straßenverkehrsbehörde über die Aufstellung von Verkehrszeichen. Es sei guter Brauch gewesen, dass dieser Ausschuss und seine Vorgänger Empfehlungen gegeben habe, von denen auch viele umgesetzt worden seien. Aus Gründen der Sicherheit könne er von solchen Empfehlungen aber abweichen.

Herr Dr. Fischer erklärt nochmals, die pauschale Ablehnung der Straßenverkehrsbehörde zum Grünen Pfeil nicht teilen zu können.

Im Ausschuss bestand darüber Einvernehmen, dass die F.D.P.-Fraktion - wie von Herrn Dr. Fischer vorgeschlagen -, eine Liste mit weiteren Möglichkeiten erstellt und diese mit der Verwaltung diskutiert. Eine Abstimmung des Antrages ist nicht erforderlich.

16 <-@
Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Herr Waldschmidt

Herr Schmickler hat vorhin zwischen der Absetzung der Tagesordnungspunkte A 10 und A 11 und dem Bürgerentscheid zum Cross-Border-Leasing einen Zusammenhang hergestellt. Mir liegt ein Schreiben der CDU-Fraktion von Anfang September an die Bürgergemeinschaft Lückerrath vor, wonach die CDU diesen Spielplatz verhindern wolle. Er möchte wissen, wie sich Herr Schmickler dies erkläre.

Herr Schmickler bestreitet, diesen Zusammenhang hergestellt zu haben. Vielmehr habe er auf die Entwicklung des städtischen Haushaltes ganz allgemein hingewiesen. Eine ganze Reihe von Komponenten würden zu der schwierigen Situation beitragen. Er sehe sich im Übrigen außerstande, Erklärungen zu Schreiben der CDU an Bürger abzugeben, zumal er dieses Schreiben nicht kenne.

Frau Kreft

An der Gleisanlage Duckterath soll eine Veränderung vorgenommen worden sein mit der Folge, dass es dort viel lauter ist. Wahrscheinlich ist dies eine Angelegenheit der Bahn. Kann sich die Verwaltung mit der Bahn in Verbindung setzen, um hier zu einer Verbesserung zu kommen?

Herr Jung erklärt, dass seit dem letzten Sturm in diesem Bereich sehr viele Bäume umgefallen sind, die vorher als Lärmschutz dienten.

Herr Sterzenbach sagt zu, die Anfrage an die Bahn weiterzuleiten.

Herr Ziffus

1. Im Zusammenhang mit der Überschwemmung vor einigen Monaten habe ich die Frage gestellt, ob die Wasserabführung im Bereich der Straßenflächen der Marijampole- und der Plesser Straße ausreichend sei. Kann diese Frage inzwischen mündlich

beantwortet werden oder bekomme ich noch eine schriftliche Antwort?

Herr Hardt erklärt, die Straßeneinläufe in diesem Bereich seien gemessen worden; sie seien ausreichend, um das auf den Straßen ablaufende Wasser aufzunehmen. Problematisch sei, dass auch von privaten Flächen Oberflächenwasser in diese Abläufe fließe. Die Verwaltung müsse an die Eigentümer der Privatgrundstücke herantreten, um diesem Zustand abzuweichen.

2. Ich habe gelesen, dass die Stadt Düsseldorf zur Beseitigung des Unkrautes auf Friedhofswegen ein neues Verfahren anwendet. Dabei wird ein Zuckerschaum als Isolationsmittel aufgebaut; darunter könne heißes Wasser so lange auf die Unkräuter einwirken, bis sie absterben. Es soll sich um ein sehr umweltfreundliches Verfahren handeln. Prüft die Verwaltung die Anwendung dieses Verfahrens für Bergisch Gladbach?

Zu diesem Thema übergibt Herr Ziffus Herrn Sterzenbach einen Zeitungsartikel.

Herr Dr. Steffen

Anfang August verschmutzte die Firma G + H ihre Umgebung mit Glasflocken. Was hat sich bei diesem Störfall ereignet? Wie gefährlich sind die Ausscheidungen? Wie will die Firma G + H solche Fälle zukünftig vermeiden?

Nach wie vor tauchen gelegentlich Beschwerden über unzulässige Geruchsbelästigungen durch die Firma G + H auf. Offenbar reichen die Bemühungen der Firma nicht aus, solche Fälle zu vermeiden. Was ist dort geschehen? Ist die eigentliche Ursache für diese Belästigung ermittelt worden?

Er erklärt, ihm sei bewusst, dass es sich nicht um eine Aufgabe der Stadt handle, aber der Ausschuss solle über umweltrelevante Ereignisse informiert werden. Daher bitte er die Verwaltung, diese Informationen einzuholen und dem Ausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen vorzulegen.

Herr Sterzenbach verweist auf die ausführliche Berichterstattung in der Presse hinsichtlich der Flocken. In beiden angesprochenen Fällen unterliege G + H der Überwachung durch das staatliche Umweltamt.

G + H sei der Stadt gegenüber sehr kooperativ. Es sei bekannt, dass die Geruchsbelästigungen auf einer Störung oder einem zulässigen Filterwechsel beruhen können. Für weitergehende Informationen schlägt er vor, diese besser unmittelbar beim staatlichen Umweltamt einzuholen.

Herr Dr. Fischer

1. Wann und wie wird die Umsetzung von Umweltausgleichsmaßnahmen geprüft, wenn eine Bebauung im Rahmen einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung erfolgt, z. B. in Kalmünten, und die Bebauung selbst ggf. erst in mehreren Jahren erfolgt? Wie wird das nachgehalten?

Herr Schmickler erklärt, dass Ausgleichsmaßnahmen regelmäßig überprüft würden, wenn sie in städtebaulichen Verträgen vereinbart worden seien. Von Bürgern zu erledigende Maßnahmen würden aber im Detail nicht nachgehalten, weil dafür das Per-

sonal fehle. Hier sei mit einer Änderung auch nicht zu rechnen.

2. Gehe ich Recht in der Annahme, dass die Frage der Umsetzung des Kahnweiher-Sanierungsprogramms vor ihrer Realisierung nochmals in den Ausschuss kommt? Der Bebauungsplan Steinbreche mit Umlegung des Baches am Kahnweiher soll aufgehoben und die Ökomaßnahme anders geregelt werden. Hier handelt es sich ebenfalls um eine kostenträchtige Maßnahme.

Herr Sterzenbach verweist auf den Antrag der F.D.P.-Fraktion im Planungsausschuss, der zu weiteren Prüfaufträgen geführt habe. Diese seien bislang nicht abgearbeitet worden. Die Verwaltung habe aber zugesagt, dass der Ausschuss selbstverständlich über einen Austausch der Ausgleichsmaßnahmen informiert werde. Dies sei aber derzeit nicht der Fall.

3. Wie ist zu verstehen, dass der Eigenbetrieb Stadtgrün die Bevölkerung in die Planung des Spielplatzes Zubusch einbindet, obwohl es weder eine Finanzierung noch einen Beschluss über den Bau des Spielplatzes gibt? Dieser Spielplatz ist bereits letztes Jahr im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zurückgestellt worden.

Herr Sterzenbach erklärt, es sei Absicht der Verwaltung gewesen, dem Ausschuss eine mit der Bürgerschaft abgestimmte Planung vorzustellen. Die Finanzierung war im Wirtschaftsplan Stadtgrün vorgesehen. Die Vorgehensweise der Verwaltung sei somit nicht zu beanstanden.

Herr Kremer sagt eine schriftliche Antwort zu.

4. Zur Kreuzung an der Einmündung zum Technologiepark zeigt die Fußgängerampel nicht Grün, wenn die Autos Rot haben. Warum?

Kann die Ampel für die Busse an derselben Einmündung nicht nachts abgestellt werden? Der Bus fährt nachts nicht.

Weiterhin ist mir zugetragen worden, dass in einem konkreten Fall Herr Müller-Gotthard, Im Holz, vorgeschlagen habe, das Protokoll einer Verkehrsbesprechung zu ändern. In diesem Protokoll seien rechts und links vertauscht worden. Warum bekommt Herr Müller-Gotthard keine Antwort?

Herr Marx erklärt, er habe wegen des Technologieparks am Morgen des Sitzungstages mit dem Landesbetrieb in Gummersbach telefoniert. Derzeit laufe dort eine Ausschreibung für die Geräte, die für eine Änderung benötigt würden.

Herr Müller-Gotthard erhalte nächste Woche eine Antwort.

Frau Berghausen

1. In Moitzfeld befindet sich auf der Höhe ein Kinderspielplatz, der aber nur von Jugendlichen besucht würde. Diese würden dort mit Mofas herumfahren und mit Bierflaschen werfen. Auch Spritzen seien dort schon gefunden worden. Die Polizei sei dort schon im Einsatz gewesen.

Herr Marx sagt zu, den Bezirksdienst der Polizei nochmals zu informieren.

2. An der Saaler Mühle, etwa 500 m hinter dem Mediterrana, sind an dem Weiher im

Weg zwei oder drei tiefe Rillen. Hier handelt es sich um Stolperfallen. Können diese Schäden beseitigt werden?

Herr Keppel

McDonalds verkauft verschiedene Speisen und Getränke außer Haus. Deren Verpackungen werden von den Jugendlichen auf die Straße und in die Hauseingänge entsorgt. Können in diesem Bereich zusätzliche Abfallbehälter aufgestellt oder McDonalds für die Entsorgung haftbar gemacht werden?

Herr Sterzenbach geht davon aus, dass McDonalds auf dem eigenen Gelände Abfallbehälter aufgestellt hat. Aus Erfahrung gehe er davon aus, dass die Aufstellung zusätzlicher Abfallbehälter keine Lösung darstelle. Er sagt aber eine Prüfung zu.

Herr Jung

Die Passage zwischen der Grünen Ladenstraße und der Paffrather Straße befindet sich in einem ungepflegten Zustand. Ist dies ein öffentlicher Weg? Wer ist für die Reinigung zuständig?

Herr Carl erklärt, es handele sich um einen öffentlichen Weg, der im Eigentum der katholischen Kirche stehe. Dieser Weg sei inzwischen in das Reinigungsprogramm der Stadt aufgenommen worden.

Frau Schu

Wann ist die Maßnahme im Bereich der Einmündung Kölner Straße/Graf-Adolf-Straße behoben?

Wie ist der Stand für die Rechtsabbieger an der DEA-Tankstelle in Moitzfeld?

Herr Hardt sagt eine schriftliche Beantwortung der ersten Frage zu.

Zur zweiten Frage weist er darauf hin, dass am 06.10. das Jahresgespräch mit dem Landesbetrieb stattfinde. Er hoffe, die Frage im Anschluss daran beantworten zu können.

Herr Wolfgarten

In einem Artikel im Kölner Stadt-Anzeiger am 17.09. bezieht sich ein Bürger auf die unzulängliche Situation an der Kreuzung Moitzfeld. Hat die Verwaltung mit einem Herrn Slama oder einem Angestellten des ADAC gesprochen? Ich frage deshalb, weil in dem Bericht falsche Behauptungen aufgestellt werden.

Herr Marx erklärt, vor zwei Jahren mit Herrn Slama einen längeren Schriftverkehr geführt zu haben. Derzeit funktioniere die im Besitz des Landesbetriebes in Gummersbach stehende Ampel nicht richtig. Diese Störungen hätten zur Einschaltung des Kölner Stadt-Anzeigers geführt, ohne dass jedoch mit der Verwaltung in dieser Angelegenheit jemand Kontakt aufgenommen hätte. Die Ampel könne mit der heutigen Technik jedoch nicht verbessert werden. Die Störung werde aber behoben.

Frau Reudenbach

Auf dem Gronauer Friedhof funktionieren mindestens zwei der Wasserspender nicht, weil die entsprechenden Knöpfe entfernt wurden. Ist dies bekannt? Kann der Missstand beseitigt werden?

Herr Sterzenbach verweist darauf, der Missstand sei bekannt. Es bestehe ein erheblicher Schaden an den Zuleitungen auf dem Friedhofsgelände. Da noch nicht bekannt sei, wo genau der Schaden zu finden sei, seien die Leitungen stillgelegt worden, um die Wasserverluste ins Erdreich zu verhindern. Dies könne wegen der unzulänglichen Pläne aber noch dauern.

Herr Ziffus

Im Zusammenhang mit dem Bau des Mediterrana gab es eine Reihe von Ausgleichsmaßnahmen. Welche dieser Maßnahmen wurden umgesetzt?

Wie wird oder wurde die Erweiterung des Saunabereiches ausgeglichen?

Wie wird das Wasser des Brunnens dieses Bades abgeleitet? Wie wird der Zustand dieses Wassers kontrolliert?

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.07 Uhr. <-@